

Druck gefördert von:
Bundeskanzleramt Österreich, Sektion II – Frauenangelegenheiten und
Gleichstellung
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien
Magistrat der Stadt Wien, MA 7 – Kultur, Referat für Wissenschaftsförderung
Frauenheitz – Feministische Bildung, Kultur und Politik
HochschülerInnenschaft der Universität Wien

edition Frauenheitz – Feministische Bildung, Kultur und Politik

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

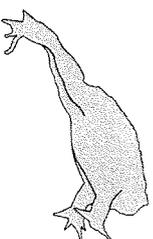
© 2008 Promedia Druck- und Verlagsges. m.b.H., Wien
Alle Rechte vorbehalten
Umschlaggestaltung: Gisela Scheubmayr
Lektorat: E. Waldner
Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH
Printed in Germany
ISBN 978-3-85371-280-1

Fordern Sie einen Gesamtprospekt des Verlages an bei:
Promedia Verlag, Wickenburggasse 5/12
A-1080 Wien, Fax: 0043/1/405 715 922
E-Mail: promedia@mediashop.at
Internet: <http://www.mediashop.at>

Birge Krondorfer / Miriam Wischer / Andrea Strutzmann (Hg.)

Früher
Nachrichten
aus Demokratien
und
Politik

PROMEDIA



Gerburg Treusch-Dieter ist dieses Buch gewidmet.
Wir vermissen ihre unermüdliche Kritik und dieses widerspenstige Denken.

Inhaltsverzeichnis

<i>Karin Liebhart</i>	
Der Rahmen der Geschlechterordnung.....	7
<i>Ein Vorwort</i>	
<i>Miriam Wischer</i>	
Ein Haufen Frauen.....	9
<i>Visionen und Version einer Tagung</i>	
<i>Birge Krondorfer</i>	
Die verschlossene Demokratie.....	13
<i>Einleitende Bemerkungen</i>	

GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN

<i>Gerburg Treusch-Dieter</i>	
Demokratie: Selbstherrschaft oder Volksherrschaft?.....	25
<i>Chantal Mouffe</i>	
Agonistische Politik, Pluralistische Demokratie und Feminismus.....	35
<i>Gerda Ambros</i>	
Die unvollendete Demokratie.....	46
<i>Im Blick auf ihre geschichtliche und rechtliche Bedingtheit</i>	
<i>Andrea Günter</i>	
Die Stadt, die Geschlechter und die Politik der Pluralität.....	56
<i>Luise Gubitzner</i>	
Was, wie, von wem, wann, wo?.....	67
<i>Zentrale Fragen einer feministischen Politischen Ökonomie</i>	

HISTORISCHE VERKNÜPFUNGEN

<i>Eveline Goodman-Thau</i>	
1938-2008 – Historische Daten und Geschichtsbewusstsein im Zeitalter der politischen Freiheit.....	81
<i>Elisabeth von Samsonow</i>	
Demogogon und die wilden Ungleichen.....	92
<i>Politik aus dem Erdmittelpunkt</i>	
<i>Frigga Haug</i>	
Streit um Demokratie.....	103
<i>Notiz zu Rosa Luxemburg</i>	
<i>Andrea Ellmeier</i>	
Last Exit Frauenpartei?.....	114
<i>Zur Geschichte einer Idee</i>	

Angela Moré	
Frauen und Demokratie.....	123
<i>Eine psychoanalytische Betrachtung</i>	

KRITISCHE VERGEGENWÄRTIGUNGEN

Maureen Maisha Eggers	
Geteilte Demokratie?.....	135
<i>Fragen zu Rassifizierung, Geschlecht, Klasse</i>	
Claudia von Werthof	
Globalisierungsprozesse und Patriarchat.....	146
<i>Antworten der Frauen(-Bewegung)</i>	
Lisbeth N. Trullori	
Selbstbestimmung – Neue Technologien – Neoliberalismus.....	157
<i>Enteignungen und Verfremdungen</i>	
Luzeniy Caixeta/Elisabeth Cepak-Neuhäuser	
Kritik der Integration.....	165
<i>Migrantinnen in Österreich</i>	
Tove Soland	
Gender: Kritik oder Bestandteil des neoliberalen Geschlechterregimes?.....	174

ENTWERFENDE SKIZZIERUNGEN

Gudrun Perko	
Denkendes Tun und handelndes Denken.....	187
<i>Queer Theory als Pluralitätsmodell</i>	
Carla Amina Baghajati	
Muslimische Frauen und Demokratie.....	197
<i>Entwicklungen und Herausforderungen in Österreich</i>	
Uta Isop	
„Utopien heißt probieren“.....	208
<i>Solidarische Ökonomien und Partizipation</i>	
Regina Troitz	
Kooperationen und Differenzen.....	217
<i>Gruppendynamik und partizipative Prozesse</i>	
Birge Kronlofer	
Demokratie ist Konsens?.....	226
<i>Oder: noch keine Pluralität, nirgends</i>	
Verzeichnis der Mitarbeitenden.....	238

KARIN LIEBHART

Der Rahmen der Geschlechterordnung

Ein Vorwort

„Diese Welt, die immer noch den Männern gehört, behält noch die Gestalt, die diese ihr aufgeprägt haben“, schrieb Simone de Beauvoir 1949. Irgendwie gilt dieser Satz auch heute, zumal dann, wenn das Wort „vorwiegend“ hinzugefügt wird.

Zwar wird keine ernsthaft behaupten, es hätte sich gar nichts geändert in den letzten 60 Jahren – allzu großartig fällt die Bilanz trotz unbestreitbarer Fortschritte allerdings nicht aus. Dies zeigt sich insbesondere, wenn der kritische Blick auf einzelne Dimensionen des Verhältnisses von Frauen und Politik gerichtet wird. Sehr schnell wird dann deutlich, dass politische Institutionen, Strukturen und Prozesse nach wie vor hierarchische Geschlechterverhältnisse produzieren und reproduzieren. Gender fungiert auch zu Beginn des dritten Jahrtausends als Platzanweiser im Feld des Politischen.

Politische Partizipation findet im Rahmen einer Ordnung statt, die zwischen „öffentlichen“ und „privaten“ gesellschaftlichen Räumen differenziert, die Teilhabe und Teilnahme am Politischen mitstrukturiert. Zugleich sind vor dem Hintergrund asymmetrischer Verteilung von sozialer, ökonomischer, kultureller und symbolischer Macht die Chancen – nicht nur zwischen den Geschlechtern – ungleich verteilt, zieht soziale Ungleichheit politische Ungleichheit nach sich: Geschlecht wirkt – oft schon „informell“ und im Vorfeld – als ein Ausschlusskriterium und beschränkt politische Partizipationschancen von Frauen.

Die Politikwissenschaftlerin Carole Pateman erklärt dies aus der Konstruktion des modernen Staates. Dem in Folge der Französischen Revolution entwickelten Staatsmodell war der Frauenausschluss eingeschrieben: Die bürgerliche Gesellschaft konstituierte sich als „modernes“ Patriarchat, als brüderliche Gesellschaft von Gleichen – ungeachtet realer Ungleichheit zwischen Männern. In dieser neuen politischen Ordnung war der ökonomisch selbstständige, waffenpflichtige Mann mit Stimmrecht das staatsbürgerliche Subjekt. Politik und Öffentlichkeit galten als Männerdomänen, in denen Frauen nichts zu suchen hatten. Dafür wurden sie unter Berufung auf natürliche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, weibliche Unfähigkeit zum Kriegsdienst und die reproduktiven Aufgaben der Frau „privatisiert“. Die häusliche Sphäre sicherte männliche Souveränität durch Unterwerfung der Frauen.

Diese Konstruktion steht an der Wiege der modernen Demokratie, sie hat deren Entwicklung bis heute mitgeprägt und hierarchische Rahmenbedingungen für politisches Denken und Handeln von Frauen gesetzt. Die Frage nach dem Ort der

„Utopieren heißt probieren“¹

Solidarische Ökonomen und Partizipation

„Demokratisierung“ fordern soziale Bewegungen heute weltweit. Um weitergehende Demokratisierung zu erreichen, sind viele Prozesse zur „Revolutionierung des Alltags“² nötig. Ohne diese praktizierten Versuche „heute, hier und jetzt“ bleiben theoretische Überlegungen leer. Bedeutsame Ziele dieser Forderung nach Demokratisierung sind die Ausübung von Basisdemokratie³, Wirtschaftsdemokratie⁴ und Solidarische Ökonomen. Für diese ist die aktive Partizipation aller, welche von einer politischen und/oder einer wirtschaftlichen Entscheidung betroffen werden, an dieser Entscheidung zentral. Deshalb sind Bezüge auf praktische Projekte gerade im Zusammenhang mit Solidarischen Ökonomen unverzichtbar.

Soziale Bewegungen kritisieren an repräsentativer Demokratie in Verbindung mit neoliberaler, auf Globalisierung gerichteter Ökonomie, dass die herrschenden Organisationsformen von Gesellschaften im Kontext heutiger historischer Entwicklung fünf wichtige Mängel aufweisen: Erstens leiden repräsentative Demokratien tendenziell an einer zu geringen Partizipation von Frauen und Minderheiten. Zweitens wird der Zusammenhang von Ökonomie und Demokratisierung zu wenig thematisiert und nicht institutionalisiert. Drittens wird durch ein formales Verständnis von Demokratie die Bedeutung von sozio-kulturellen Praktiken des Zusammenlebens für Demokratisierung nicht sichtbar. Viertens gibt es keine Praxis, militärische und kriegerische Gewalt durch Demokratisierung zu entschärfen. Fünftens führen die herrschenden Organisationsformen zu einer Verminderung von kultureller Diversität und Biodiversität anstatt zu deren Erhaltung und Vermehrung. Auf die ersten drei dieser Mängel repräsentativer Demokratie und neoliberaler Ökonomie unter heutigen historischen Bedingungen soll im Folgenden hier eingegangen werden. Gleichzeitig sollen einige wenige in sozialen Bewegungen entwickelte theoretisch-praktische Alternativen aus einer sehr großen Fülle bereits erarbeiteter alternativer Praxis- und Theorieförmungen vorgestellt werden.

1 Habermann, Friederike: Utopieren, heißt probieren. In: Stiftung Fraueninitiative, Möller, Carolina/Peters, Ulla/Vellay, Inna (Hrsg.): Dissidente Praktiken, Erfahrungen mit herrschafts- und warenkritischer Selbstorganisation, Königstein/Ts. 2006, S. 270.

2 Hammer, Heide: Revolutionierung. Auf der Spur kollektiver Widerstandspraktiken. Wien 2007.

3 Vgl.: Brand, Ulrich/Lösch, Betina/Thimmel, Stefan: ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“, Hamburg 2007, S. 28.

4 Vgl.: ebd., S. 40.

Geringe politische Partizipation von Frauen und Minderheiten

Repräsentative Demokratien bedeuten einen zu würdigen Versuch, über die Wahl von Parteien und Repräsentantinnen die meisten von Entscheidungen Betroffenen an den Entscheidungen selbst zumindest indirekt und mittelbar teilhaben zu lassen. Dennoch verhindern u.a. eine Reihe von historisch gewachsenen Institutionen und bestimmte gesellschaftliche Felder eine darüber hinausgehende direktere Demokratisierung. Drei dieser historisch ausdifferenzierten Felder, nämlich Markt, Staat und Militär, machen besonders deutlich, wie gering die Bedeutung von Prozessen der Demokratisierung in tatsächlichen Verhältnissen heutiger Gesellschaften geschätzt wird. Der Markt ist der offensichtlichste Bereich, der sich demokratischen Prozessen völlig entzieht. Das Militär untersteht zwar so genannter „demokratischer Kontrolle“, ist aber in sich nicht nach demokratischen Prozessen strukturiert. Der Staat wird nach den Praxisformen repräsentativer Demokratie organisiert, der es bis jetzt nur sehr bedingt gelungen ist, basisdemokratische Prinzipien zu integrieren. Als ein Beispiel für den relativ geringen Grad an Demokratisierung im Bereich des Staates kann die von der IPU⁵ errechnete Prozentzahl von 16% Frauen als Abgeordnete in rund 187 Parlamenten weltweit angesehen werden. Diese 16% weiblichen Abgeordneten weltweit stellen in der ungefähr 120-jährigen Geschichte zur Er kämpfung des Frauenwahlrechts im „Jahrhundert des Feminismus“⁶ durchaus einen Erfolg dar. Dennoch verweisen sie andererseits auf ein begrenztes Potenzial bestehender Institutionen, sich innerhalb des Tobens hegemonialer Kämpfe auf grundlegende Prozesse einer Demokratisierung hin zu öffnen. Diese Begrenzung lässt sich an vielen Phänomenen wie der Gläsernen Decke, dem Gender Pay Gap oder dem Nebeneinander von Frauenförderung und Frauenfeindlichkeit sehen. Geißel und Penrose⁸ berichten von Politikerinnen-Studien, die zeigen, dass innerhalb von politischen Parteien ein Nebeneinander von Frauenförderung und struktureller Diskriminierung, von frauenfreundlicher Rekrutierung und männer-orientierter Organisations- und Kommunikationsweise von den Politikerinnen wahrgenommen würde. Es stellt sich die Frage, ob es Sinn macht, den engen Begriff politischer Partizipation, wie ihn die IPU mit der Aus-

5 Interparlamentarische Union. <http://www.ipu.org/english/home.htm> [Zugriff 23. 12. 2007].

6 Vgl.: Samouiller, Ségolène/Jabre, Kareem: Das allgemeine Wahlrecht und die politische Partizipation von Frauen. In: Ockrent, Christine (Hrsg.): Das Schwarzbuch zur Lage der Frauen. Eine Bestandsaufnahme, München 2007, S. 439.

7 Vgl.: Weckwert, Anja/Wischermann, Ulla (Hrsg.): Das Jahrhundert des Feminismus. Streitförmige durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien, Königstein/Taunus 2006.

8 Vgl.: Geißel, Brigitte/Penrose, Virginia: Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung – Politische Partizipation von Frauen und Männern: http://web.fu-berlin.de/gpo/geissel_penrose.htm [Zugriff 23. 12. 2007], S. 18.

übung des aktiven und passiven Wahlrechts fasst, um die Bedeutungen sozialer Partizipation⁹ zu erweitern. Dies wurde im Rahmen feministischer Partizipationsforschung unternommen. Politische Partizipation umfasst demnach nicht nur Handlungsoptionen wie Wahlrecht, Demonstration, Bürgerinitiative, öffentliche Diskussion usw., sondern auch Phänomene sozialer Partizipation. So werden vor allem soziale Tätigkeiten, in welchen Frauen sehr stark repräsentiert sind, z.B. ehrenamtliche Arbeit, Elternarbeit, kirchliche und karitative Organisationen, Selbsthilfegruppen, Pflege- und Fürsorgetätigkeiten, ebenfalls als eine erweiterte Form politischer Partizipation gesehen. Diese Erweiterung des Partizipationsbegriffs führt jedoch nicht dazu, dass alle, die von einer wirtschaftlichen und politischen Entscheidung betroffen werden, diese auch selbst fällen.

Was sich an den Schlüsseldaten zur Einführung des Frauenwahlrechts¹⁰ in den verschiedenen Ländern weltweit sehr gut sehen lässt, sind die jeweils unterschiedlichen Wirkungen der Intersektionen Geschlecht, „race“, Ethnie. So gewährt Australien 1902 zwar weißen Frauen das aktive und passive Wahlrecht, aber Aborigines und „farbige Menschen“ erhalten es erst 1962, also 60 Jahre später. In den US-Bundesstaaten erhalten weiße Frauen nach 1920 das Wahlrecht, aber afroamerikanische Frauen erst 1965. Diese historischen Daten weisen auf die Tendenz hin, dass jede Minderheit ihr Recht, z.B. das Wahlrecht, für sich erkämpfen muss. Der Kampf um das Wahlrecht für Frauen ersetzt nicht den Kampf um das Wahlrecht für Minderheiten. Jedes gesetzliche Recht muss innerhalb einer repräsentativen Demokratie von um Hegemoniefähigkeit ringenden Minderheiten und/oder Gruppen erneut erkämpft werden. Es gibt so etwas wie eine „Nicht-Ersetzbarkeit des Kampfes um Rechte und Repräsentativität“ in den herrschenden demokratischen Ordnungen. Dies wirkt sich bei so genannten „Mehrfachdiskriminierten“ besonders schwerwiegend aus, denn diese können sich nicht für alle Kämpfe auf Rechte mit gleicher Intensität einsetzen, auch wenn dies notwendig wäre.

Der Eintritt von Frauen und Minderheiten in Parlamente verändert nicht das grundlegende Prinzip nur indirekter und mittelbarer Selbstbestimmung durch RepräsentantInnen im Bereich des Staates. Eine stärkere Partizipation von Frauen und Minderheiten in den agonalen Feldern repräsentativer Demokratien, Markt, Staat und Militär, wie dies in den letzten 50 Jahren weltweit versucht wurde, führt sicherlich zu einer größeren „Hegemoniefähigkeit“ dieser Gruppen, aber nur sehr begrenzt zu einer tieferen Demokratisierung dieser und anderer gesellschaftlicher Bereiche. Sie trägt auch nur geringfügig zur Linderung der anderen problematisierten vier Mängel repräsentativer Demokratien und neoliberaler Ökonomie bei. Die Vergabe von Mikrokrediten stellt eine große Unterstützung für das Überleben

von Frauen und ihrer Familien weltweit dar.¹¹ Dennoch ändert dieses Vorgehen nicht viel an der Dominanz von Geld- und Marktwirtschaft gegenüber jenen anderen Bereichen, in welchen Frauen traditionell arbeiten, wie Fürsorgetätigkeiten (Caring Labour¹²), wie Bedarfswirtschaft¹³, wie Haus- und Familienarbeit¹⁴.

Die VertreterInnen des Frauenweltnarshes gegen Armut und Gewalt¹⁵ fordern beispielsweise die Nicht-Teilbarkeit von individuellen bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten. Es stellt einen Mangel des Demokratieverständnisses dar, wenn davon ausgegangen wird, dass die ökonomische Situation und die praktizierten Formen von Ökonomie keinen Einfluss auf die Möglichkeit politischer Partizipation ausüben. Konsequenterweise stellen geringes Vermögen und geringes Eigentum innerhalb der Europäischen Union aber keinen (z.B. mittelbaren) Diskriminierungsgrund dar, der einklagbar wäre. Nicht zufällig konnte der Frauenweltnarsh gegen Armut und Gewalt zwischen 2000 und 2005 weltweit rund vier Millionen Unterschriften sammeln.

Strukturelle Faktoren, welche die reale Ausübung politischer Partizipation in Form des aktiven und passiven Wahlrechts von Frauen weltweit verhindern, sind nicht nur Gewalt und Armut, sondern auch fehlende Bildung. Diese Faktoren verweisen auf die trotz formaler repräsentativer Demokratie dominanten sozio-kulturellen Praktiken, die verhindern, dass Demokratisierung zumindest in der Form repräsentativer Demokratie stattfinden kann. Prozesse der Demokratisierung können nicht nur an formal-rechtlichen Dimensionen ansetzen, wie dies z.B. die feministische Kritik der Menschenrechte deutlich macht.¹⁶ Das formale Recht, als Abgeordnete in ein Parlament gewählt werden zu dürfen, ist eine wichtige Voraussetzung für Demokratisierung. Aber die sozio-kulturellen Praktiken, die ermöglichen, dass ausreichend Bildung, ausreichend Erfahrung, ausreichend Ermutigung, ausreichend Geld und anderes vorhanden ist, sodass einzelne Frauen Identitäten ausbilden können, um Abgeordnete zu sein, werden dadurch nicht benannt und sichtbar gemacht. Die zapatistische Bewegung z.B. pflegt seit ca. 13 Jahren Formen

11 Vgl.: Nowak, Marra: Kleinkredite helfen Frauen in aller Welt. In: Ockrent, Christine (Hrsg.): ebd., S. 490.

12 Vgl.: Folbre, Nancy: Caring Labour. In: Ressler, Oliver: *Alternative Economics. Alternative Societies*, Gdansk 2007, S. 151.

13 Shiva, Vandana: *Erd-Demokratie. Alternativen zur Neoliberalen Globalisierung*, Zürich 2007, S. 32.

14 Eichler, Margrit/Mathews, Ann: Was ist Arbeit? Eine Betrachtung aus der Perspektive unbezahlter Hausarbeit. In: Ernst, Waltraud: *Leben und Wirtschaften – Geschlechterkonstruktionen durch Arbeit*, Münster 2005, S. 17.

15 <http://www.marchofwomen.org> [Zugriff 31. 12. 2007].

16 Dackweiler, Regina-Maria: *Transversale feministische Politik für globale Gleichheit*. In: Dackweiler, Ursula/Rosenzweig, Beate: *Die Neuverhandlungen der Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven*, Wiesbaden 2006, S. 186.

9 Ebd., S. 4.

10 Vgl.: Samouiller, Ségolène/Jabre, Kareem: ebd., S. 414 f.

basisdemokratischer Selbstverwaltung und übt dabei bestimmte sozio-kulturelle Praktiken, welche sie umschreibt und benennt: „sich nach den Langsamsten zu richten“ – das heißt, die Gruppenprozesse, politische und wirtschaftliche Entscheidungen an den Langsamsten der Gruppe zu orientieren. Dies stellt die Prozesse repräsentativer Demokratie (Mehrheitsentscheid) und neoliberaler Ökonomie, nach welchen unser Leben ausgerichtet ist, infrage.

Beispiele für Solidarische Ökonomien in Verbindung mit Basisdemokratie

Die zentrale Argumentation, welche den folgenden feministischen Theorien und Praxisbeispielen gemeinsam und dadurch zentral ist, lautet: Solidarische Ökonomien sind von ihren Hauptgedanken her darauf gerichtet, das für ein gutes Leben Notwendige allen Menschen gemeinsam zur Verfügung zu stellen. Da Menschen, die als Frauen sozialisiert sind bzw. sich selbst als solche identifizieren, traditionell in diesen gesellschaftlichen Feldern der Notwendigkeit, Versorgungsarbeit, Bedarfswirtschaft usw. dominant sind, könnte mit einem Zentralwerden dieses Anspruchs auch eine Veränderung der Stellung und Bedeutung von Frauen einhergehen. Der Begriff des „gemeinsamen Eigenen“ oder der „Allmende“ ist ein Element, das feministische Theorien mit Solidarischen Ökonomien verbindet.

Diese Ökonomien unterscheiden sich von Alternativen Ökonomien¹⁷ durch ihr „marktkritisches Außenverhältnis“. Während Alternative Ökonomien den solidarischen Anspruch nur auf das Innere einer Gruppe oder z.B. einer Genossenschaft beziehen, richtet sich der Anspruch auf Solidarität im Begriff der Solidarischen Ökonomien besonders nach außen auf die Markt- und Geldwirtschaft. Solidarische Ökonomien sind durch diesen Anspruch markt- und warenkritisch zu verstehen.

17 Carola Möller: Theoretische Zugänge zu solidarischer Ökonomie aus feministischer Sicht: <http://coforum.de/?1699> [Zugriff 23. 12. 2007].

„Die Vorstellungen, die sich unter dem Begriff ‚alternative Ökonomie‘ versammeln, sind unterschiedlich und teilweise gegensätzlich. Viele Begriffe sind im Umlauf: *Economie sociale, Sociale Ökonomie, Lokale Ökonomie, Moralische Ökonomie, Gemeinwesenökonomie, Solidarische Ökonomie* u.a.m. Den einen reicht es, wenn die inneren Strukturen eines Projekts ‚alternativ‘ sind, wenn es z.B. weniger Hierarchien gibt und die Mitbestimmung aller gewährleistet ist, aber nach außen konzentriert man mit seinen Produkten und seiner Arbeit auf dem ‚freien Markt‘, der nicht infrage gestellt wird und dessen Regeln Priorität haben. Die Soziale Ökonomie wiederum entspricht dem, was bei uns als ‚Dritter Sektor‘ seit einigen Jahren mit viel öffentlichen Lohnsubventionen, niedrigen Löhnen und ehrenamtlicher Arbeit aufgebaut wird. Hier werden Leistungen angeboten, die nicht profitabel zu vermarkten, aber notwendig sind, um den Ersten Sektor (Privatwirtschaft) und den Zweiten Sektor (Staat) funktionsfähig zu halten.“

denn die Praktiken von Markt- und Geldwirtschaft stellen die Grundsätze Solidarischer Ökonomien infrage und umgekehrt. Carola Möller versucht eine Definition von solidarischen Wirtschaften zu geben:

„Ziel eines bedürfnisorientierten, solidarischen Wirtschaftens ist es, Wirtschaften, Arbeiten, Lernen und Leben wieder zu verbinden mit der Absicht, eine gute und sich möglichst verbessernde Lebensqualität auf der Basis einer lokal orientierten und überörtlich vernetzten Selbstversorgung für alle herzustellen. Es ist ein Wirtschaften und Arbeiten für ein ‚gemeinsames Eigenes‘. Die Reproduktion des Lebens ist das Ergebnis von Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung, in die alle Personen mit gleichen Rechten und gemäß ihren Möglichkeiten einbezogen sind. Eine eigenständige Existenzsicherung resultiert aus bezahlten und unbezahlten Leistungen für gesellschaftlich notwendige und ökologisch sinnvolle Arbeiten.“¹⁸

Auch die Theorie der Geschenksökonomie¹⁹ ist auf Basis von gesellschaftskritischen Ansätzen der Zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahren entwickelt worden. Geben und Nehmen zur Stillung von Bedürfnissen konkreter Menschen in der nahen Umgebung folgt diesem Verständnis nach in den seltensten Fällen der Tauschverpflichtung von „nur wenn du dieses machst, mache ich jenes“. Sowohl die „Akte des Schenkens“ als auch das „Verlieren von Zeit“ widersprechen der Tauschverpflichtung und Geldproduktion, über welche Gesellschaften heute als miteinander verbunden und voneinander getrennt gedacht und praktiziert werden. Es sind dies Ansatzpunkte, das „Schenken in nahen Beziehungen“ und das „Verlieren von Zeit mit Kindern“, und keine „markt-reinen“, von der Verwertung unbelasteten Räume; aber eben Ansatzpunkte für andere Formen von Beziehungen zwischen Menschen, die den Absolutheitsanspruch von Markt, Geld und Tausch infrage stellen:

„Es existiert ein grundlegendes Paradigma mit weit reichenden Auswirkungen, das nicht erkannt und nicht beachtet wird. [...] Ich nenne diesen unsichtbaren und bedeutenden Teil unseres Lebens ‚das Paradigma des Gebens‘. Dies ist eine Art, Realität zu konstruieren und zu interpretieren, welche durch die Praktiken der Mutterschaft und Elternschaft bestimmt wird. Das Paradigma des Gebens, das zentral von Frauen praktiziert wird, zumindest solange Frauen den größten Teil der Elternarbeit übernehmen, stellt das Geben als Befriedigung von notwendigen Bedürfnissen in sein Zentrum.“²⁰

Genevieve Vaughan geht es um die Infragestellung des in marktwirtschaftlich orientierten Gesellschaften vordergründigen Zwangs zum Tausch und zur Reziprozität.

18 Ebd.

19 <http://www.gif-economy.com> [Zugriff 31. 12. 2007].

20 Vaughan, Genevieve: For-Giving. A Feminist Criticism of Exchange, Austin 1997, S. 30. Übersetzung von U.I.

Durch die Entkoppelung von Geben und Nehmen entsteht eine Form von Fülle, die völlig anders strukturiert ist, weil ihre Grundlage das Beziehungsgeflecht aktuell miteinander verbundener Menschen ist.

Ein realisiertes Projekt Solidarischer Ökonomen und ermutigendes Beispiel für die Selbstorganisation auch in materiellen Notlagen stellt die Frauennormierung in Santa Fe dar: die Friederike Habermann in ihrem Buch „Aus der Not eine andere Welt“ beschreibt. Die SAC, Sindicato de Amas de Casa, eine Hausfrauengewerkschaft, wurde 1985 gegründet, um eine Rente für Hausfrauen zu erkämpfen, und zählte in ihrer Blütezeit 80.000 Mitglieder. Als die wirtschaftliche Krise in Argentinien die Zahlung der Mitgliedsbeiträge erschwerte, traten viele Tausende aus. Nach dem Crash 2001 in Argentinien gründeten Frauen das Netzwerk „Red Interbarrial Mujeres“, das sich die Existenzsicherung und Selbstversorgung der nun nicht mehr ausreichend durch das Gehalt des Mannes abgesicherten Familien zum Ziel setzte. 2003, ein Jahr nach seiner Entstehung, hatte dieses Frauennetzwerk 500 Mitglieder, die Barrios (Stadtteile). Für die Frauen im solidarischen Netzwerk Red gilt, dass es sie sind und nicht ihre Männer, die politische Forderungen stellen, die schreiben, die diskutieren, sich zusammenschließen, demonstrieren, auf die Stadtverwaltung gehen, Versammlungen abhalten, mit Geld umgehen und revolutionieren.

Solidarische Ökonomen bedürfen der stetigen Kritik an Geschlechterverhältnissen

Dieses Bild einer sehr starken Partizipation und Repräsentation von Frauen im Red Interbarrial de Mujeres ändert sich vor dem inneren Auge schlagartig, wenn der Blick auf die Ausübung repräsentativer Funktionen mit Außenkontakten in der MTD Solano fällt, einer großen Bewegung erwerbsloser ArbeiterInnen in Buenos Aires, die fast ausschließlich von Männern ausgeübt werden.²¹

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Analyse der Forderungen, Repräsentationsformen und Bewegungsräume indigener Protestbewegungen in Lateinamerika.²² Exemplarisch greift Stefanie Kron die Rückkehrerbewegung guatemaltekischer Kriegsflüchtlinge Anfang der 1990er Jahre am Beginn indigener Protestbewegungen und die Proteste der Nachbarschaftsräte (FEJUVE) in El Alto (Bolivien) 2005 auf.

21 Habermann, Friederike: Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien, Königstein/Ts. 2004, S. 146.

22 Kron, Stefanie: Der stumme Schrei des Einsatzens. Frauenrechte und radikale Demokratisierungsbewegungen – eine Kritik. In: Marchart, Oliver/Weinzierl, Rupert (Hrsg.): Stand der Bewegung? Protest, Globalisierung, Demokratie – Eine Bestandsaufnahme, Münster 2006, S. 115 ff.

Im Verlauf dieser indigenen Bewegungen entstehen neue politische Räume für die Frage nach und Ausübung von Demokratie wie das Barrio und die Comunidad (ländliche Gemeinde). Es werden Forderungen nach politischen Partizipationsmöglichkeiten außerhalb von Instanzen der repräsentativen Demokratie (Parlament, Partei, Wahlen) aufgestellt. Stadträte, Nachbarschaftsräte und Gemeinderäte sollen ebenfalls als Instanzen der Demokratie vom Staat anerkannt werden. Kron kritisiert scharf, dass im Widerspruch zur starken Sichtbarkeit von Frauen auf Bildern in Presse und Fernsehen am Beginn indigener Bewegungen eine reale Marginalisierung auf der später neu etablierten politischen Ebene entgegensteht:

„Weil die Frauen aber in der Regel keine Landtitel erhielten, wurde ihnen auch die politische Mitbestimmung und Repräsentation auf lokaler Ebene verwehrt. Auf diese Weise kam es zu einer tendenziellen Verdrängung der Frauen aus den entstehenden Öffentlichkeiten. Sie wurden stattdessen auf ihre Rolle als ‚Mütter‘ zur Reproduktion der Familien und Gemeinde festgelegt.“²³

Die Kritik an Markt, Geld und staatsorientierten Ökonomen und alternative Vorschläge Solidarischer Ökonomie führen keinesfalls gleichsam als Selbstläufer zu einer stärkeren Partizipation von Frauen und Minderheiten in politischen, ökonomischen und kulturellen Prozessen. Es bedarf auch hier starker Frauennormierungen und Gruppen, um einer Marginalisierung entgegenzuwirken. Eine neue Initiative auf europäischem Boden dazu ist etwa das zapatistische FrauenLeben-Treffen, das sich aus dem Netzwerk Ya-Basta²⁴ entwickelt hat und auf Projekte der Solidarischen Ökonomie rückwirken könnte.²⁵

Auf Differenzen im Denken und im politischen Handeln zu achten, lehren dekonstruktivistische und queere Theorien. Das heißt für den hiesigen Zusammenhang u.a., einer Identitätslogik zu widerstehen, die z.B. suggeriert, dass mit der Kritik an kapitalistischer Ökonomie und neuen Wegen in Richtung Solidarischer Ökonomen auch andere Formen von Herrschaft und Dominanz gleichsam automatisch mitbegegnet würden. Die Schwierigkeit im dekonstruktiv-queeren Denken besteht jedoch darin, die sich artikulierenden Bedürfnisse, politischen Forderungen und Selbstverständnisse von sich immer wieder völlig neu formierenden Gruppen, Identitäten und Selbstverständnissen einerseits radikal zu fördern und andererseits gleichzeitig alle diese entstehenden Identitäten und Kategorien wieder infrage zu stellen.²⁶ Wenn sich aber durch ein angewandtes Denken in Differenzen nicht da-

23 Ebd., S. 122 f.

24 <http://www.ya-basta-netz.de/vu> [Zugriff Dez. 2007].

25 Autonomes Zentrum KTS: kts-freiburg.org, <http://www.multiline-net.de/forum/index.php?board=101.0> [Zugriff Dez. 2007].

26 Perko, Gudrun: Queer-Theorien. Ethische, politische und logische Dimensionen plural-queeren Denkens, Köln 2005, S. 31.

von ausgehen lässt, dass ein Schritt in Richtung Solidarischer Ökonomien auch gleichzeitig eine stärkere Partizipation von Frauen und Minderheiten in allen Bereichen einer Gesellschaft ergibt, lässt sich dennoch danach fragen, ob Solidarische Ökonomien mit stark basisdemokratischen, anarchofeministischen, queeren Elementen nicht zumindest förderlicher und zuträglicher für eine stärkere Partizipation von Frauen und Minderheiten sein könnten. Die Notwendigkeit, innerhalb feministischer, queerer und geschlechterkritischer Bewegungen über Solidarische Ökonomien nachzudenken und neugierig zu sein, besteht.²⁷

REGINA TROTZ

Kooperationen und Differenzen

Gruppendynamik und partizipative Prozesse

Demokratie im Blick dieses Textes wird als Strukturform des Politischen gesehen, welche zur Gestaltung von Entscheidungsfindungsprozessen eingesetzt wird, um zu gemeinsamen Lösungen unter der Voraussetzung unterschiedlicher Interessentengruppen) zu gelangen.

Meine Aufmerksamkeit richtet sich auf die Frage, wie diese Aushandlungsprozesse gelingen können, was es dafür braucht, was wichtig zu beachten wäre.

Wir lernen das Alphabet, wir lernen schreiben, wir lernen multiplizieren und später dann konstruieren, operieren, verkaufen. In jedem Lernvorgang steckt ausser reichend Aneignung von Fachwissen, gilt es Abläufe und Modelle zu verstehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, Ressourcen und fachkundige Lehrpersonen und Begleitung zur Verfügung zu haben. Dann können wir konstruieren, operieren, verkaufen.

Was mich immer schon wundert, ist: Beim Kommunizieren, Koordinieren und Kooperieren wird erstaunlicherweise ganz anders vorgegangen. Kaum eine/r darf lernen, üben, Modelle begreifen. Sondern: Aus unerfindlichen Gründen wird davon ausgegangen, dass genau diese Fähigkeiten den Menschen in die Wiege gelegt sind und sie deshalb einfach vorausgesetzt werden können. Die Qualität ist egal, Üben nicht angesagt und alle sind immer wieder damit beschäftigt, ihre diesbezüglichen Mängel zu vertuschen und (mit Hilfe von Ignoranz und Abwertung bis hin zu gewalttätigen Handlungen) zu kompensieren. Warum wird Kommunizieren nicht genauso geübt wie Dividieren? Warum werden kollektive Zielfindungsprozesse nicht genauso achtsam vorbereitet und eingeübt wie andere Operationen? Warum werden PolitikerInnen in Demokratien nicht danach ausgewählt, ob sie auch demokratisch denken und (ver)handeln, koordinieren und kooperieren können?

Mein Weg hat mich von der (Uni- und Frauen-)Politik zur Gruppendynamik geführt. Es waren viele Grenzen, an die ich in den politischen Kontexten gestoßen bin, natürlich strukturelle, aber sie wurden auch durch das Unvermögen der ProtagonistInnen gebildet, produktive Aushandlungsprozesse ein- und zu Ende zu gehen, um tragfähige Lösungen zu finden. Jahre später habe ich dann begriffen, was wir nicht konnten und was uns fehlte. Ich entwickelte ein neues Verständnis von Kooperationsprozessen, ich lernte Verfahren und Methoden kennen und wurde aber auch nicht davor verschont, mich selbst, mein Tun in Kontakt mit anderen Menschen, in Gruppenprozessen zu reflektieren und zu entwickeln, mich von vertauten Verhaltensweisen zu verabschieden, meine Haltungen zu verändern, um kooperativer zu werden. Enttäuschungen werden dann produziert, wenn die not-

²⁷ Habermann, Friederike: Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien, Königstein/Ts. 2004, S. 182.